



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/185 - 14. August 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 888 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Probleme der Minderheiten-Schulen	S. 4
Die Jugendlichen-Krawalle in Hannover	S. 6
Filmbewertung - Filmexport	S. 7

Kraftquell und Mahnung

- Nachwort zum Frankfurter Kirchentag -

Von Wilhelm Mellies,
stellv. Vorsitzender der SPD

Auf der Hauptversammlung des VIII. Evangelischen Kirchentages in Frankfurt/Main forderte am Sonntag der Präsident von Thadden-Trieglaff eine Beseitigung der Zäune, "die uns von der Welt trennen und die wir in Angst vor ihr aufgebaut haben." Die Verwirklichung dieser Forderung würde eine Neugestaltung des gesamten kirchlichen Lebens bedeuten, sie wird allerdings sehr schwer sein.

Eine grosse Gemeinschaft, eine grosse Organisation mit einer langen Tradition hat aus ihrer Vergangenheit nicht nur die Vorteile, sondern auch die Nachteile in der Gegenwart mit zu tragen. Wer genau hinhörte, merkte auch auf dem Kirchentag des Unbehagen, das heute weite Kreise erfüllt angesichts der Fülle der drängenden Probleme und der menschlichen Unzulänglichkeit, sie so zu meistern, wie es erforderlich wäre. Dieses Unbehagen wird auch nach dem Kirchentag nicht verschwinden, aber für die Kirche kann es ein Segen werden, wenn sich dieses Unbehagen in eine lebendige Unruhe verwandelt. Hier drängt die Jugend sehr nach. Dies war wohl auch eine Antwort auf die unglückliche Formulierung des Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier, dass die Christen mehr singen und beten und sich weniger um die Politik kümmern sollten. Gewiss müssen Christen singen und beten, aber in

dem Wort der Jugend wurde sehr deutlich gesagt: "Wir sind dankbar, dass unsere Kirche nicht vorbeilebt an den sozialen und politischen Fragen unserer Zeit. Manchmal freilich erwarten wir ein deutlicheres Wort, manchmal auch eine schnellere Entscheidung."

Das Wort der Jugend

Die Stunde der Jugend war überhaupt eine der wertvollsten Veranstaltungen des Kirchentages. Die Jugend hat klar und deutlich gesprochen und auch mit der Kritik an der Kirche nicht gespart, wenn sie z.B. feststellte: "Viele Predigten und liturgische Formen können wir einfach nicht verstehen"; und wenn weiter gesagt wird: "Wir sehen, dass bei den meisten unserer Seelsorger das Zeugnis des Wortes und das Zeugnis des Lebens auseinanderklaffen." Die Jugend will darüber nicht richten; aber sie möchte, dass man nicht ständig den Versuch macht, diesen Riss zwischen Wort und Leben zu verdecken.

Klar und eindeutig war die Stellung der Jugend zur Wehrfrage. Ihr scheinen "die Hast und die Eile des Vorgangs beängstigend. Wir wollen 'ja' und 'nein' sagen können. Darum wehren wir uns gegen jede Diskriminierung der Wehrdienstverweigerer. Wir wehren uns aber auch gegen jede Verspottung derer, die 'ja' sagen." Besonders unmissverständlich auch ihre Einstellung zur Gewissensentscheidung in der Wehrfrage. Hoffentlich nehmen die Vertreter der Partei, die die Wehrdienstverweigerung im Gesetz so unzulänglich geregelt hat, obwohl sie sich eine christliche Partei nennt, mit allem Ernst zur Kenntnis, was hier unter grosser Beifall der vielen Tausende im Waldstadion gesagt wurde: "Ein an Gottes Wort gebundenes Gewissen kann von keiner anderen Macht beurteilt oder gebunden werden."

Für die demokratische Entwicklung erfreulich der Respekt, den diese Jugend den so oft befähigten Politikern zollt: "Wir Jungen wissen schon, wie schwer die Politik ist - mindestens ahnen wir es - und wir haben hohe Achtung vor denen, die dieses Handwerk übernommen haben."

Die Verständigung im Streit der Synode

Angesichts der Auseinandersetzungen, die auf der Gesamtdeutschen Synode stattgefunden hatten und angesichts der Tatsache, dass prominente Politiker aus der sowjetisch besetzten Zone am Kirchentag teilnahmen, hatten manche mit einem grossen Eklat gerechnet. Die Spannungen waren auch oft sehr gross. Das Präsidium des Kirchentages hat sich alle Mühe gegeben, einen möglichst reibungslosen Verlauf zu sichern. Das ist zum grössten Teil gelungen. Gewiss, diese grossen Spannungen sicherten nicht immer einen reibungslosen Ablauf der Veranstaltungen. Aber die Würde des Kirchentages wurde stets gewahrt und auf das gewaltige Erlebnis fiel durch diese Missklänge kein entscheidend verdunkelnder Schatten.

Um Mitternacht von Sonnabend auf Sonntag ist es dann ja auch gelungen, eine Verständigung in der Auseinandersetzung über die Vor-

gänge auf der Synode zu erzielen. Eine Bewertung dieser Verständigung ist noch nicht möglich, da der Wortlaut der Vereinbarung bisher nicht bekannt ist. Während Bischof Dibelius in seiner Predigt am Sonntag vormittag diese Verständigung beglückt mitteilte, klangen in den Ausführungen von Kirchenpräsident Niemöller auf der Hauptversammlung gewisse Zweifel an. Ob diese gefundene Verständigung Bestand hat, wird sicher zu einem erheblichen Teil davon abhängen, ob man offen über den Hintergrund dieser Auseinandersetzung gesprochen hat. Letzten Endes geht es ja doch nicht um die Vorgänge auf der Synode und um die Frage, auf welche Art die Unterschriften zustande gekommen sind. Das wurde von den Drahtziehern in Bonn nur in den Vordergrund geschoben, um das entscheidende Anliegen völlig in den Hintergrund treten zu lassen. Es geht letzten Endes darum, ob die Nöte und Bedrängnisse, die in weiten Kreisen der evangelischen Kirche, vor allen Dingen in der sowjetisch besetzten Zone, angesichts der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik bestehen, eine ernste Würdigung erfahren sollen und müssen: Das ist für die Evangelische Kirche Deutschlands von entscheidender Bedeutung.

Vor neuen Problemen

Angesichts der ungeheuer starken Teilnahme tauchen für den Kirchentag rein organisatorisch neue Probleme auf. Es wird in Zukunft nicht möglich sein, in Arbeitsgemeinschaften, die von Tausenden besucht werden, eine gründliche Diskussion durchzuführen. Dabei wurde von den meisten Teilnehmern dankbar empfunden, wie offen und klar die Fragen und Probleme angesprochen wurden. Dieses offene Ansprechen ermöglichte Diskussionen, die vor einigen Jahrzehnten im kirchlichen Raum noch unmöglich gewesen wären. Hier hat man auf dem Kirchentag mit dem "Einreißen der Zäune" ernsthaft begonnen.

Zu den alten, noch nicht gelösten Problemen treten fast täglich neue und immer dringendere. Die mit Atomkraft und Automation eingeleitete Entwicklung bringt Aufgaben mit sich, die gelöst werden müssen in einer Situation, in der man erst dabei ist, die bis jetzt entstandenen Schwierigkeiten zu bewältigen. Es wird ein hartes Ringen werden und Christen wissen, dass sie sich diesen Ringen nicht entziehen können, sondern dass erst am Ende dieses Ringens das Gebet stehen kann: "Ich lasse Dich nicht, Du segnest mich denn."

Das grosse Erlebnis des Kirchentages wird lange nachwirken in den Teilnehmern und auch in den kirchlichen Gemeinden. Es wird zu einer unerhörten Kraftquelle werden, wenn Sinn und Geist, in dem dort die Fragen angepackt und behandelt worden sind, in die Gemeinden weitergetragen wird. Dann wird dort das lebendige christliche Leben eintreten von dem der Generalsuperintendent Jacobs in Frankfurt sagte: "Die Botschaft Gottes sprengt die Mauern unseres Aufbruchs, stürzt die Wände unserer trägen Gleichgültigkeit um und zerreiht auch das Spinnwebgewebe unserer schwermütigen Grübeleien."

14. 8. 1956

Toleranz als oberstes Gesetz

Kiel, 8. August

Die Aufgaben von Minderheitenschulen an den Grenzen Dänemarks, Belgiens, Italiens und in der Schweiz kamen kürzlich in Kiel anlässlich einer Tagung des Grenzfriedensbundes zur Sprache. Dort wurden auch die Grundsätze für den Status der Schulen im Grenzland erarbeitet:

1. Die Organisationsform der Schulen muss von der Voraussetzung ausgehen, dass die Staatsgrenzen festliegen.
2. Beiderseits dieser Grenzen dürfen sich die Minderheiten frei zur Kultur des Nachbarlandes bekennen.
3. Die Schulsysteme sollen zweisprachig sein und das Examenrecht für die Schulen des Herbergslandes beinhalten.

Diese Erkenntnisse sind nunmehr weitgehend Grundlage für das Schulwesen beiderseits der deutsch-dänischen Grenze geworden. Dänische wie schleswig-holsteinische Vertreter befürworten die Zweisprachigkeit in den Schulen. Dabei wird der Unterricht jeweils nach den Plänen des Herbergslandes gegeben. Im dänischen Nordschleswig gibt es wieder 30 deutsche Schulen mit rund 1050 Schülern. Im deutschen Landesteil Schleswig existieren heute 85 Schulen mit rund 6700 Schülern. Auf Grund der Auswirkungen des Krieges steigen die deutschen Schüler in Dänemark noch ein wenig an, während die dänischen Schüler in Schleswig-Holstein abnehmen und man sich so beiderseits der Grenze unter Wahrung echter Toleranz auf einen "Normalstand" einpendeln wird.

Ausserst verständnisvoll ist das Verhalten des belgischen Kultusministeriums hinsichtlich der Minderheitenschule im Gebiet von Eupen-Malmedy, wie aus Berichten hervorging, die Schulmänner aus diesem Gebiet in Kiel abgaben. Ausgangspunkt ist ein von Toleranz und Grosszügigkeit getragenes Sprachengesetz, welches jedem Bürger dieses Minderheitengebietes "ein Maximum an Respekt vor seiner Muttersprache" garantiert. Die belgischen Schulgesetze bestimmen, dass in den flämisch-, französisch- und deutschsprachigen Gebieten die Volksschulen bis zum fünften Schuljahr obligatorisch einsprachig, entsprechend der vorherrschenden Sprache zu unterrichten haben. In Eupen-Malmedy wird also bis zum fünften Volksschuljahr deutsch unterrichtet. Erst dann setzt die zweite Sprache, französisch ein. Ähnlich ist es mit den höhe-

ren Schulen.

In der Schweiz gilt sogar der Grundsatz, dass die sprachliche Mehrheit bereit ist, zu Gunsten einer sprachlichen Minderheit zurückzutreten. Es gibt an den Schweizer Schulen keine Minderheitenprobleme. Allerdings ist hier die Klammer die gemeinsame Staatsgesinnung. Sie sichert den Frieden zwischen den sprachlichen Gruppen und schliesst Anschlussgedanken aus. Das bedeutet, wie die Schweizer in Kiel darlegten, dass an Staatsgrenzen mit Minderheiten die Treue zum Herbergsland vorhanden sein muss, dass aber in diesem Herbergsland die Mehrheit der Minderheit mit äusserster Toleranz, ja, mit bewusster Stützung gegenüberzutreten hat.

Das ist nun freilich in Südtirol nicht der Fall, soweit es vor allem das recht gewaltsam geförderte äussere Vordringen der italienischen Bevölkerung in dem für sie wirtschaftlich so wichtigen südtiroler Raum angeht. Ein Professor aus Bozen kennzeichnete die Minderheitenschulen als "italienische Schulen, in denen in deutscher Übersetzung gesprochen werden muss."

Der Lehrernachwuchs für die dort heute bestehenden 25 staatlichen deutschsprachigen mittleren und höheren Schulen bereitet grosse Sorgen. Die Südtiroler sind nicht in der Lage, aus eigener Kraft genügend akademischen Nachwuchs zu schaffen. Von den 1200 Planstellen der Grundschulen werden 75 Prozent durch geprüfte Lehrer besetzt. Auch hier gibt es somit noch einen erheblichen Lehrermangel. Hinzu kommt, dass die gegenwärtig gültigen Lehrpläne aller Schulen den Bedürfnissen der Minderheit nicht angepasst sind, eine Mindestforderung, die sonst überall erfüllt wird. Bei all dem ist jedoch nicht ausser acht zu lassen, dass es seinerzeit das Hitler-Mussolini-Abkommen vom 23. Juni 1939 über Südtirol war, welches der deutschsprachigen Minderheit, die heute wieder rund 220 000 Menschen umfasst, das eigenständige Schulwesen nahm.

Verwilderte Halbwüchsige

p. Diesmal ist es in der niedersächsischen Hauptstadt zu einem Vorgang gekommen, den man in anderen Fällen dramatisierend mit dem Schlagwort "Aufstand der Halbstarcken" belegt hat - ein modern gewordenes Schlagwort, das durch Zeitungen, illustrierte Wochenschriften, Filme und Gespräche geistert.

Die erste Rundfunkmitteilung über die Schlägereien in Hannover, bei denen die Jugendlichen sich gegen Polizei und Zivilisten zusammenrotteten und sie angriffen, sprach von möglichen politischen Hintergründen. Wenn sie wirklich nachgewiesen werden, wäre es aber auch nur so, dass die Drahtzieher eine ihnen bekannte bedenkenlose Bereitschaft dieser Jugendlichen zu Wildwest-Szenen im grossen Stile in ihre Rechnung eingesetzt haben.

Unleugbar hat die Verwilderung einzelner Gruppen von Halbwüchsigen, vor allem in den grossen Städten, ein Ausmass erreicht, das sehr bedenklich ist. In Unterhaltungen hört man bereits hier und da die Schlussfolgerung, in solchen Fällen täte eine stramme militärische Erziehung gut, um die Wildgewordenen einmal an die Kette zu legen und ihnen in der "harten Schule der Nation" Respekt vor der staatlichen Ordnung und Disziplin beizubringen, ob sie es nun wünschen oder nicht.

Vielleicht mag das für den einen oder den anderen zutreffen, Das Ansehen der neuen Streitkräfte würde freilich dadurch nicht gerade gehoben werden, dass man sie zu einer Art Heimstätte für schwer erziehbare Jugendliche macht, ganz abgesehen davon, dass die meisten von diesen jungen Menschen, die dem Erwachsenen entglitten sind, noch gar nicht das wehrfähige Alter erreicht haben.

Die Jugend in der Bundesrepublik so etwa zwischen vierzehn und neunzehn Jahren ist gewiss nicht besser und nicht schlechter als die in irgendeinem anderen Lande. Viele Jugendliche haben noch nicht die Schäden verarbeiten und überwinden können, die ihnen oft in früher Kindheit schon und ohne ihr Zutun und ihre Schuld, eine chaotische Zeit mit allen ihren demoralisierenden Begleiterscheinungen zugefügt hat. Sie leiden unter Führungslosigkeit und Lieblosigkeit, oder unter dem schlechten Beispiel, das ihnen nächste Angehörige geben, an einer Zerrüttung in ihrer täglichen Umgebung und

an vielen anderen unerfreulichen Tatsachen. Hinzu kommt bei vielen die nachgewiesene gefährliche Diskrepanz zwischen einer immer früheren und schnelleren körperlichen Entwicklung und einer Verzögerung des geistigen und sittlichen Reifeprozesses, deren vielfältige Ursachen nicht immer leicht zu erkennen und deren Folgen in jedem Fall schwer zu behandeln sind.

Will man mit all dem fertig werden, müssen Elternhaus und Schule, Staat und Kirche und alle Institutionen, die vornehmlich mit der Jugendarbeit befasst sind, ^{zusammenarbeiten,} in entschlossener, aber von Verständnis für die besondere Situation dieser jungen Menschen getragener Anstrengung.

+ + +

Demokratischer Anschauungsunterricht in Karlsbad

J.F. W. Trotz stärkster internationaler Konkurrenz konnte sich der westdeutsche Film auf den kürzlichen Filmfestspielen in Karlsbad einen guten Platz sichern. Das gilt in gleichem Maße für die künstlerische Bewertung wie auch für die geschäftlichen Abschlüsse. Der von der westdeutschen Film-Export-Union gemeldete Real-Film "Die Ehe des Dr. med. Danwitz" erhielt ein Ehren Diplom. Für die Bundesrepublik war dieser Film bereits von der Filmprüfstelle als "künstlerisch wertvoll" anerkannt worden.

Hinter den Kulissen der Bonner Kulturpolitik hat es um diesen Film einigen Wirbel gegeben. Man hatte an bestimmten Stellen Anstoss daran genommen, dass ausgerechnet ein sozialkritischer Film nach Karlsbad geschickt wurde. Seine eindrucksvolle Schilderung der Notlage der Jungärzte in der Bundesrepublik unterstütze die Kampagne der volksdemokratischen Propaganda gegen Westdeutschland. Hier werde, so hiess es, von deutscher Seite Material für die These vom Massenelend im Adenauer-Staat geliefert.

Tatsächlich gab dieser Film den Besuchern aus den Ostländern einen überzeugenden Anschauungsunterricht in demokratischer Praxis. Immer wieder wurden die Westdeutschen in Karlsbad gefragt, wie es nur möglich sei, dass die deutsche Zensur einen derart kritischen

Film zuliesse, dass er sogar in der Bundesrepublik ein offizielles Prädikat erhalten habe. Die selbstverständliche Antwort, dass sich in dieser Freiheit eben das Wesen der Demokratie erweise, liess die östlichen Gesprächspartner in Nachdenklichkeit zurück. Die Wirkung ging noch weiter: Ein tschechischer Regisseur äusserte sich gegenüber einem westdeutschen Journalisten: "Wir applaudierten diesen Film, der einige Misstände in Ihrem Land kritisiert, weil wir mit diesem Beifall von unseren staatlichen Filmzensoren die gleiche Freiheit für uns fordern wollten, ähnliche Misstände bei uns aufgreifen zu können."

Die Film-Export-Union bewies also politisch den richtigen Instinkt, als sie gerade diesen Film für Karlsbad meldete. Dass sich der Optimismus, mit dem sie für die Beteiligung der westdeutschen Filmwirtschaft an den Festspielen eintrat, auch wirtschaftlich auszahlte, ist besonders erfreulich. Auch ohne diplomatische Unterstützung, wie sie der USA-Film "Marty" in Karlstad durch den amerikanischen Botschafter in sachlicher Einschätzung wirtschaftlicher Chancen zuteil wurde, konnten die westdeutschen Verleiher zahlreiche Abschlüsse buchen oder vorbereiten. Bereits jetzt laufen in den Ländern des Ostblocks die Filme: "Drei vom Varieté," "Die grosse Versuchung", "Roman einer Siebzehnjährigen", "Die Ehe des Dr. med. Danwitz", "Die Ratten," "Das doppelte Lottchen", "Strassenserenade", "Eine kleine Stadt will schlafen gehen", "Feuerwerk", und "Fanfaren der Liebe", ein bunter Strauss, aus dem sich jeder Geschmack, auch jenseits aller Politik, das Seine pflücken kann.

Der Filmexport Westdeutschlands erbrachte 1955 rund 15 Millionen DM an Deviseneingängen. Vor dem Krieg war das Auslandsgeschäft mehr als dreimal so gross. Ein Teil dieses verlorenen Terrains kann sicher in Osten zurückgewonnen werden. Ein Fachmann der Export-Union bezifferte nach Abschluss der Karlsbader Festspiele schon heute die Aufnahmefähigkeit der Ostblockstaaten auf etwa 20 deutsche Filme pro Jahr. Ein erster Anfang, diese Möglichkeit auszuschöpfen, wurde mit der westdeutschen Teilnahme an den Karlsbader Festspielen gemacht.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau